



Dieser Artikel wurde ausgedruckt unter der Adresse: <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Rot-Gruen-will-Radikalenerlass-aufarbeiten.radikalenerlass108.html>

Stand: 19.07.2018 08:35 Uhr - Lesezeit: ca.2 Min.

Rot-Grün will Radikalenerlass aufarbeiten

Der sogenannte Radikalenerlass hat in den 1970er-Jahren auch in Hamburg für zahlreiche Berufsverbote im öffentlichen Dienst gesorgt. SPD und Grüne in der Bürgerschaft wollen diese Zeit jetzt wissenschaftlich aufarbeiten lassen und sich bei den Betroffenen entschuldigen.

Die Bundesrepublik Deutschland war Anfang der 1970er-Jahre dem Terror der Roten Armee Fraktion (RAF) ausgesetzt. Die Ministerpräsidenten der Länder beschlossen den sogenannten Radikalenerlass. Der sollte Menschen mit links- oder rechtsextremistischen Einstellungen vom Staatsdienst fernhalten. Schon wer die falsche Demonstration besuchte, machte sich verdächtig. Es kam zu faktischen Berufsverboten, auch in Hamburg. 1979 wurde der Radikalenerlass wieder aufgehoben.

"Unrühmliches Kapitel"

In dem Antrag von Rot-Grün heißt es jetzt, die Umsetzung des Radikalenerlasses sei ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Hamburgs gewesen, das ausdrücklich bedauert werde. Den zu Unrecht Betroffenen spreche die Bürgerschaft Respekt und Anerkennung aus. Gleichzeitig soll der Senat die Folgen des Erlasses wissenschaftlich aufarbeiten und die Ergebnisse veröffentlichen.

MEHR ZUM THEMA

Hamburgische Bürgerschaft

MEHR AUS HAMBURG



Älteste Flaschenpost der Welt zurück

in Hamburg

Mann von mutmaßlichen Autodieben angeschossen

Vanille-Krise macht Hamburger Händler zu schaffen

Pakete mit weißem Pulver aus der Elbe gefischt

Masur und Molleker überraschen - Aus für Mayer

Hamburg Übersicht